



Gleichlautend:

Frau Oberbürgermeisterin

Henriette Reker

Rathaus
50667 Köln

Herrn Bezirksbürgermeister

Henk van Benthem

Friedrich-Ebert-Ufer 64-70
51143 Köln

**SPD-Fraktion in der
Bezirksvertretung Porz**

Friedrich-Ebert-Ufer 64-70
51143 Köln-Porz

fon 0221. 221 97303

fax 0221. 221 97304

mail SPD-BV7@stadt-koeln.de

web www.porzspd.de

Köln-Porz, 17.10.2019

Anfrage zur Sitzung der Bezirksvertretung Porz am 05.11.2019

hier: Regionalplanüberarbeitung, Modul III– Empfehlungen zur Darstellung neuer Siedlungsbereiche (ASB und GIB) als Optionen zur Weiterentwicklung der wachsenden Stadt 2887/2019

Mit Verwunderung hat die SPD zur Kenntnis genommen, dass im überarbeiteten Regionalplan, Modul III, als mögliche Handlungsoption zur Fläche 7-702-013 (Anlage 1, S. 61) in Porz-Westhoven eine Erweiterung der Forensischen Klinik des LVR Erwähnung findet.

Wir weisen darauf hin, dass es nach heftigen öffentlichen Diskussionen um den Bau der Klinik zu Beginn des Jahrtausends Zusagen der NRW-Landesregierung gab, dass eine Erweiterung über die geplanten Kapazitäten hinaus – ursprünglich 126 Plätze zur Unterbringung psychischer Straftäter – nicht vorgesehen sei. So versprach die damalige Landesministerin B. Fischer in einer Bürgerversammlung im Engelshof vor mehr als 500 Porzer Bürgerinnen und Bürgern, dass eine Erweiterung der Klinik „auch bei nachwachsendem Bedarf definitiv nicht vorgesehen sei“. 2002 versicherte der Leiter des NRW-Maßregelvollzugsamtes, Herr Miguel Freund, dem Beirat der Forensik, dass „eine Ausweitung der Kapazitäten nicht vorgesehen“ und „eine Erweiterung wie etwa in Düren nicht möglich sei“.

Bereits diese Zusagen erwiesen sich als Makulatur. Denn im Jahr 2006 wurde gegen den örtlichen Protest die Platzzahl in Westhoven von 126 auf 150 Plätze ausgeweitet. Der zuständige Landesminister Karl-Josef Laumann begründete die damalige Aufstockung mit „Sparzwängen“ und einer erhöhten Wirtschaftlichkeit. In Reaktion auf diesen „Wortbruch“ der damaligen Landesregierung entschied sich der mit Parteien,

Kirchenvertretern und Anwohnernvertretern besetzte Planungsbeirat seine Arbeit ruhen zu lassen.

Nach der Fertigstellung der Forensischen Klinik im Jahr 2009 steht nun ein weiteres Mal zu befürchten, dass öffentliche Zusagen gebrochen werden und eine Ausweitung der Kapazitäten an diesem Standort geplant ist.

Mit Bezug auf die o.g. Beschlussvorlage bittet die SPD-Bezirksfraktion daher um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Warum soll diese Fläche für eine LVR-Erweiterung vorgehalten werden?
2. Hat die Verwaltung Kenntnis von konkreten Erweiterungsplänen der Forensik?
3. Wenn ja, wie sieht der Zeitplan aus?
4. Wie ist die Position der Verwaltung dazu und wie ist dies mit früheren Zusagen an die Bevölkerung in Einklang zu bringen?

Dr. Simon Bujanowski
Fraktionsvorsitzender

Karl-Heinz Pepke
Bezirksvertreter